

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

28.7.1927 (No. 173)

Expedition:
Karlsruher
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 963
und 964
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. u. e. u. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2.- RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiedereinholungen tarifreier Absätze, die als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, die für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind, ist die Besondere Erklärung anzugeben, ob sie für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind, und falls ja, ob sie für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind, und falls ja, ob sie für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind.

Das Zentrum und das Reichsbanner

Nachdem die erste Erregung über den Aufruf des Bundesvorsitzenden des Reichsbanners, Otto Hörsing, sich etwas gelegt hatte, gelangten im Lager der Zentrumspar- tei und in ihrer Presse wieder die Männer zum Wort, die nicht wünschen, daß unter der Entgleisung eines Ein- zelnen, und sei es auch des Vorsitzenden, eine für die Republik so bedeutsame Organisation Schaden leiden soll. Denn es ist ja klar, daß ein Austritt des Zentrums für das Reichsbanner nicht förderlich wäre. Aber auch die Interessen der Republik als solche würden darunter zu leiden haben. Und schließlich würde auch die Zentrumspartei selbst durch einen solchen Austritt mit einer höchst unerwünschten Krise belastet werden. Wer also das In- teresse der Republik und der Zentrumspartei fest im Auge hatte, mußte sich von vornherein einer Zuspitzung des Konflikts entgegenstellen. Die besonnenen Ele- mente haben denn auch in den letzten Tagen dafür ge- sorgt, daß ihre Auffassung in der Parteipresse genügend zum Ausdruck kommt.

So sehen wir denn auch, daß der „Badische Beobachter“, dessen Redaktion anfangs besonders scharf gegen Hörsing Stellung genommen hatte, seit gestern Zeitartikel ver- öffentlicht, die auf eine durchaus maßvolle Tonart ge- stimmt sind. Der gestrige Artikel stammt aus der „Badi- schen Zentrums-Korrespondenz“ und ist ihr „von besonderer Seite“ zugegangen. Der heutige Artikel stammt aus der Feder des Berliner Mitarbeiters.

Schon gestern hieß es, daß mit der Parole „Los vom Reichsbanner!“ gewisse Gefahren für die Zentrumspartei verbunden seien, die man nicht unterschätzen dürfe. Das Reichsbanner würde dann mehr und mehr zu einer rein sozialdemokratischen Organisation, und das liege nicht im Interesse des Staates.

Weiter heißt es dann wörtlich u. a.:

„Man redet man auch einer Auflösung des Reichsbanners da und dort das Wort. Die Frage ist gewiß diskutabel. Sie zu bejahen, dazu sind wir jedoch nicht in der Lage. Sie wäre jedenfalls nur dann zu bejahen, wenn die Republik unter allen Umständen gefährdet wäre. Ist dem so? Vor Monatsfrist noch hätte kaum jemand Vorgänge wie den blutigen Freitag in Wien in Österreich für möglich gehalten. Daß er trotzdem geschichtliches Ereignis wurde, ist ein Mahn- und Warnruf auch für die Deutsche Republik, auf der Hut zu sein. Reichswehr und Polizei allein sind in Deutschland noch weit weniger in der Lage, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, wie in Österreich. Eines steht jedoch zum min- desten fest: Ohne Auflösung sämtlicher politischer Organi- sationen auch keine Auflösung des Reichsbanners. Bleibt das Reichsbanner zunächst bestehen und bleiben Zentrumsleute im Reichsbanner, dann müssen gewisse Kautelen dafür ge- schaffen werden, daß es für die Zukunft ein für alle mal Schluss ist mit Entgleisungen der Reichsbannerführung. Daß Herr Hörsing allein die sichere Gewähr dafür bietet, das darf man mit Fug und Recht bezweifeln. Bleibt Herr Hörsing Reichsbannerführer, dann dürfen in Zukunft Kundgebun- gen desselben nur erlassen werden, wenn sie von einem paritätisch zusammengesetzten Vorstand gekennzeichnet sind. Müßte sich das nicht erreichen, dann scheint uns ein weiteres Verbleiben von Zentrumsleuten im Reichsbanner als ein Ding der Unmöglichkeit. Es scheint uns an der Zeit, das Herr Hörsing einmal mit aller Deutlichkeit zu sagen. Es müssen nicht zuletzt Kautelen organisatorischer Art getroffen werden, damit nicht nach außen hin der Eindruck vorherr- schend bleibt, das Reichsbanner ist lediglich eine sozialistische Leibgarde. Diese Kautelen zu schaffen ist möglich und man darf hoffen, daß die Beratungen, die in dieser Woche in Berlin stattfinden, und die vorläufige Entscheidung über die Frage Zentrum und Reichsbanner treffen sollen, zu einem Resultat führen werden, das im Interesse des Staates liegt. Es handelt sich in letzter Linie nicht um die Frage der Fort- existenz des Reichsbanners, es handelt sich einzig und allein um den Staat, um die Republik, der das Reichsbanner in der Vergangenheit gedient und dem es auch in Zukunft dienen soll, wenn es weiterhin Anspruch auf Existenzberechtigung haben will.“

Der heutige Artikel unterrichtet in dankenswerter Weise über die Auffassungen in Berlin. Sie sind so geartet, daß ein Bruch wohl nicht mehr zu befürchten ist, zumal da allgemein angenommen wird, daß Herr Hörsing die wohlbegründeten Forderungen der Zentrumsmitglieder des Reichsbanners annehmen und erfüllen wird. Man erwartet im Zentrum, daß alle diejenigen, welche im Na- men und im Rahmen des Reichsbanners mit Kund- gebungen an die Öffentlichkeit treten, sich des überpartei- lichen Charakters der Organisation bewußt bleiben.

Besonders interessant ist der Schluss des heutigen Ar- tikels im „Beobachter“, weil er auf die Haltung des Reichskanzlers Dr. Marx zu sprechen kommt und dabei Mitteilungen macht, welche das bestätigen, was wir be-

reits vorgestern an dieser Stelle geschrieben haben, näm- lich, daß Dr. Marx durch seinen Austritt keineswegs von den republikanischen Prinzipien des Reichsbanners abge- rückt sei. Der Reichskanzler sei, wie jetzt mitgeteilt wird, überrascht worden von dem Echo seines Rücktritts in der Presse und wünsche, daß der Vertrauensmännerkonferenz als seine Haltung zum Reichsbanner gelte, daß er nicht in ein dem Reichsbanner feindliches Lager übergeschwenkt sei, sondern sich dem Reichsbanner nach wie vor verpflich- tet fühle. Er habe lediglich aus formalen Gründen diese Stimmung in seinem Austrittsschreiben an Hörsing nicht zum Ausdruck gebracht, lege aber Wert darauf, dieses Schreiben nicht als eine so brüste Kundgebung beurteilt zu sehen, wie das in einem Teil der Presse geschehen sei.

Im Sinne des Reichskanzlers liege vor allem die Auf- rechterhaltung des Reichsbanners. Im Einverständnis mit der großen Mehrheit des Zentrums wünsche das Zentrum jedoch nicht die Herabsetzung des Reichsbanners zu einer sozialdemokratischen Leibgarde. Und nur über die Form, unter der das Reichsbanner weitergeführt werden solle, herrsche noch keine Übereinstimmung.

Es ist zu hoffen, daß man sich über diese Form bei den Besprechungen, die jetzt in Berlin stattfinden, einigen wird.

Die Laufbahn des japanischen Ministerpräsidenten

General Baron Tanaka Giichi, heute der einflussreichste Mann in den militärischen Kreisen Japans, der Präsident der Seibu-tai, der zweitgrößten politischen Partei und seit kurzem Ministerpräsident, stammt — wie in einem Bericht aus Tokio ausgeführt wird — aus ganz kleinen Verhältnissen. Sein Vater war Ackerwächter in der Stadt Nagi in Choshu und hatte nur wegen seiner außerordentlichen Kräfte einen Na- men. Als man seiner Dienste nicht mehr bedurfte, verlegte er sich auf die Herstellung von Schirmen, weshalb General Tanaka noch heute als der Sohn des Schirmmachers bezeich- net wird.

Tanaka wurde 1864 geboren. Vom Vater hatte er die Kör- perkräfte geerbt und in seinen Jugendjahren zeichnete er sich mehr durch Rücksichtslosigkeit und Kampfes aus, die er an der Spitze von Fischerjungen den Söhnen der vornehmen Japaner liefserte, als durch Schulleistungen, denn er wurde aus einer Pri- vatschule nach der anderen weggeschickt, da er nichts lernen wollte. Später trat er als „Gentwanban“, ein Zwischending von Student und Diener, bei dem Staatsprokurator von Ma- tsuyama ein, wo er Gelegenheit hatte, sich im Chinesischen aus- zubilden und so in ihm der Drang nach Bildung erwacht ist, obwohl sein Herr und Meister anfangs über ihn klagte, weil er nur essen und schlafen konnte.

Drei Jahre blieb Tanaka in dieser Stellung, in der er in vielen Städten des Landes herumkam. Im Jahre 1873 trat er in eine Unteroffizierschule ein, von dieser in die Militä- akademie in der er sich auszeichnete. 1880 wurde er in die Kriegsakademie aufgenommen, die er 1882 mit Auszeichnung verließ. 1894 wurde er als Abjudant der 1. Division am Chinesischen Krieg teil und wurde zum Hauptmann befördert. 1896 brachte seine Vererbung in den Generalstab, dessen Leiter General Kawakami ihn zum Militärstudium nach Russland entsandte, wo er als erster japanischer Offizier einem russischen Regiment attached wurde. Als Major leitete Tanaka 1902 nach Japan zurück und wurde als Autorität für russische Heeresangelegenheiten der russischen Abteilung des Generalstabs zugeeilt. Im Krieg mit Russland konnte er dann als Oberleutnant dem Stabschef der manchuischen Expedition, General Rodama, wertvolle Dienste leisten.

Im Jahre 1906 als Kommandierender des 3. Tokioer Re- giments begann er, für die Militarisierung des gesamten japa- nischen Volkes zu wirken. Er rief Kriegerveine ins Leben und ebenso militärische Verbindungen junger Leute, die sich auf den Wehrdienst vorbereiten wollten. Seinem Einfluss war auch die Vergrößerung der japanischen Armee um 2 Divisionen (19. und 20. Div. in Korea.) zuzuschreiben. An diesem Plane scheiterte erst das zweite Sazoni-Ministerium, aber das nachfolgende Okuma-Kabinet drückte die Forderung durch.

Beim Ausbruch des Weltkrieges wurde der nunmehrige Ge- neralmajor Tanaka nach Russland entsandt, von wo er jedoch bereits im Oktober 1916 zurückkehrte, um als Generalleut- nant den Platz des stellvertretenden Chefs des Generalstabs einzunehmen. Seit dieser Zeit hat sich Tanaka mehr und mehr der Politik gewidmet. Unter dem Hara-Ministerium das im September 1918 an die Regierung kam, war er Kriegsminister. In dieser Stellung trug er den größeren Teil der Verantwortung für die libidinale Expedition, die infolge der ungeweosen Ausgaben aus Geheimfonds viel Staub aufgewirbelt hat. Die Verächtlungen, die im Zusammenhang mit dieser Affäre erhoben worden sind, sind bis heute noch nicht ver- stummt und sie haben entscheidend den guten Ruf Tanakas Schaden zugefügt.

Im September 1921 trat Tanaka als Kriegsminister zu- rück, nahm aber den gleichen Posten unter dem kurzlebigen Yamamoto-Ministerium (September 1923 bis Januar 1924) wieder an.

Im Mai 1927 trat er formell aus dem Heeresdienste aus und übernahm die Führung seiner Partei. In den Verkanb wurde er 1920 erhoben und erhielt 1926 durch kaiserliches Dekret den lebenslangen Sitz im Oberhaufe zugewiesen.

England und Amerika Chamberlain über die Seebestattung

In einer Erklärung im englischen Unterhaus über die bri- tische Marinepolitik führte Chamberlain u. a. folgendes aus: Die Regierung habe es für notwendig gehalten, sich per- sönlich mit ihren Delegierten auszupreisen, um hierdurch ein klares Bild von der Lage der Verhandlungen in Genf zu haben. Neben anderen Mißverständnissen ist der englischen Regierung sogar der Wunsch zugeschrieben worden, diejenige Gleichheit der Seemächte, die von der Washingtoner Kon- ferenz bezüglich der Vereinigten Staaten und des Britischen Reiches ins Auge gefaßt worden war, zu zerstören. Dieser Verdacht hat keine Grundlage. Die britische Regierung hat die Einladung Coolidges so aufgefaßt, daß er wünsche, die Politik der Washingtoner Konferenz durch weitere Verminde- rung der Ausgaben bei Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit zu entwickeln. Mit diesem Bestreben erklärt sich die britische Regierung vollkommen einverstanden. Weiter heißt es in der Erklärung: Mit diesem Ziele vor Augen hat die britische Regierung vorgeschlagen, Umfang und Aus- rüstung von Schlachtschiffen zu vermindern unter Beibehal- tung ihrer Zahl, wie sie in Washington festgesetzt wurde. Zu diesem Zwecke hat sie auch angeregt, die Zahl und Aus- rüstung der großen Kreuzer nach ähnlichen Grundrissen, wie sie in Washington für die Schlachtschiffe angenommen wurden, einzuschränken. Dieser Vorschlag würde ebenso wie der erste die nationalen Ausgaben erheblich vermindern, ohne die nationale Sicherheit zu gefährden. Zur Frage der kleinen Kreuzer sagte Chamberlain u. a.: Der Unterschied zwischen der amerikanischen und der britischen Lage in dieser Hinsicht habe 1922 auf der Washingtoner Konferenz volle Würdigung gefunden. Nach britischer Auffassung sei der Grundgedanke der Politik des amerikanischen Präsidenten, daß keine Seemacht eine größere Flotte haben soll, als für ihre Sicherheit erforderlich ist. Die in Washington für Schlach- tschiffe angenommene Formel sei unanwendbar auf Fah- zeuge, die zu Zwecken dienen, welche bei den verschiedenen Län- dern je nach ihrer besonderen geographischen und wirtschaft- lichen Lage verschieden sein müssen. Zwei Nationen, die je 100 000 Tonnen Schlachtschiffe besitzen, können als gleich in ihrer Kampfkraft betrachtet werden. Von zwei Nationen, von denen die eine 10 Kreuzer von 10 000 Tonnen und die andere 20 Kreuzer von 5000 Tonnen hat, kann dies nicht behauptet werden. Das Land, das genügend sein würde, seine Tonnage auf kleinere Schiffe zu verteilen, wäre stän- dig im Nachteil gegenüber einem anderen, das einem anderen Bauplane folgen würde. (Beifall.) Es würde nominell gleich- falls in Wahrheit Ungleichheit geben.

Hinsichtlich der kleinen Kreuzer müsse bedacht werden, daß die englischen Verbindungen häufig in engen Gewässern lä- gen, die von fremden Staaten begrenzt würden, während die amerikanischen Verbindungen hauptsächlich auf dem Lande lägen oder längs der Küste oder in den weiten Oze- anen. Chamberlain schloß: Nach Ansicht der englischen Re- gierung dürfte keine Schwierigkeit bestehen, zu einem zeitlich begrenzten Abkommen über den gegenwärtigen und künftigen Kreuzerbau zu gelangen. Die britische Regierung lehne es jedoch ab, ein solches zeitlich begrenztes Abkommen zu schlie- ßen, wenn es den Anschein eines unveränderlichen Prinzipis habe, und als Präzedenzfall gelten könne.

Die Erklärung Chamberlains über Englands unabände- rliche Haltung in der Kreuzerfrage bestätigt, wie aus Was- hington gelobt wird, in dortigen politischen Kreisen die Auffassung, daß eine Verkleinerung unmöglich und eine Vertagung der Konferenz bis 1931 unumgänglich sei. Anti- lische amerikanische Äußerungen liegen noch nicht vor. Jedoch wurde im Marinemant angedeutet, daß England nach Chamberlains Rede an drei Punkten festhalte, die für die Vereinigten Staaten durchaus unannehmbar seien. Zur Staatsdepartement hält man ebenfalls Chamberlains Rede für den Schwanzengel der Konferenz. Trotz dieses Besim- mus bezüglich des Schicksals der Konferenz hält man einen Fehlschlag nicht für tragisch, da man an einen Krieg mit England nie gedacht hat, sondern lediglich Ausgaben für Rüstungen ersparen wollte. Im übrigen will man es dem Ermessen des nächsten Kongresses überlassen, ob aus dem Fehlschlag positive Folgerungen gezogen und mehr Kreuzer gebaut werden sollen.

Englische Pressestimmen

W. A. London, 28. Juli. (Tel.) Aus den gestrigen Erklä- rungen Chamberlains schließt der Marinemitarbeiter der „Daily Mail“, daß eine Änderung der britischen Politik in Genf bevorstehe und die Regierung bereit sei, für eine be- grenzte Zeit unter die Zahl von 70 Kreuzern herunterzu- gehen. Der Vortitel einer vorläufigen Vereinbarung über die Kreuzerstärke liege darin, daß ein Rüstungswettbewerb wäh- rend der kritischen nächsten vier Jahre ausgeschaltet wäre. „Daily Telegraph“ schreibt, wenn es in Genf gelinge, wenig- stens eine Einigung über die Einschränkung des Baues großer Kreuzer in den nächsten vier Jahren herbeizuführen, so sei das allein der Mühe Wert gewesen, obgleich es weit hinter dem der Konferenz entgegengebrachten Erwartungen zurückbleibe.

Tschechisch-Osterreichische Zollunion? Der „Korparis“ will zuverlässig erfahren haben, daß die Prager Regierung mit Zustimmung Frankreichs im Herbst der Wiener Regierung den Abschluß einer Zollunion vorschlagen wolle. Damit soll Österreich sicher und leichter Absatz seiner Industrieprodukte und der Bezug billiger Lebensmittel beschafft, seine Wirt- schaftslage gebessert und sein Anschlußstreben gebrochen werden. Wie das Blatt weiter bemerkt, besteht aber ein Hindernis: die Meistbegünstigung, die sowohl Prag als auch Wien einer ganzen Reihe anderer Staaten eingeräumt ha- ben. Diese Staaten könnten also gleichfalls Zollunion ver- langen.

Unerwartet schnell verstarb Dienstag, den 26. Juli abends nach nur kurzem Krankenlager Herr

Konrad Schleich

Schriftfeger.

Dankbar gedenkt die Firma der pflichteifrig geleisteten guten Dienste des leider schon im 37. Lebensjahre verschiedenem fleißigen Mitarbeiters.

Karlsruhe, am 27. Juli 1927.

G. Braun
(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag)
G. m. b. H.

Städt. Sparkasse Bruchsal.

Vermögens-Darstellung 1926.

A. Vermögen.		RH
Verwaltungs-Gebäude	1,00	
Sonstige Gebäude	179 144,19	
Darlehen auf Hypotheken	1 182 035,48	
Sonstige Forderungen	92 000,00	
Schuldscheindarlehen gegen Bürgschaft	197 859,00	
Wechsel	132 034,14	
Bausparbuch und Postsparkonto	368 954,44	
Konto-Korrent	1 178 536,46	
Einnahmerückstände	12 824,55	
Gerätschaften	11 917,60	
Kassenvorrat am 31. Dezember 1926	43 877,12	
	3 399 183,98	
B. Schulden.		RH
Guthaben der Einleger u. Giro	2 789 227,19	
Aufwertungs-Konto	585 661,37	3 374 888,56
(Darin Rücklagen früherer Jahre	54 147,99 RH)	
Mithin Geschäftsgewinn	24 295,42	
Die Rücklagen betragen aus früheren Jahren	54 147,99	
Mithin Reinvermögen auf 31. Dez. 1926	78 443,41	
Der Reservefonds hat aus 2 789 227,19 RH 5% zu betragen	139 461,41	
Fehlender Betrag zur Rücklage	61 018,00	
Bruchsal, den 25. Juli 1927.	R. 199	
Der Verwaltungsrat:	Städt. Sparkasse Bruchsal:	
Dr. Meißner.	Sommer. Fröhlich.	

Operette im Konzerthaus

Morgen Freitag, den 29. Juli 1927, abends 7 1/2 Uhr

Die Strauß-Operette

Wiener Blut

Karten bei Müller, Kaiserstr., Holzschub, Werderstr., Brunner, Kaiseralle, Verkehrsverein, Kaiserstr., Konzerthauskasse und teleph. (7260) zu M. 1.50-5.50. Samstag: Die Dollarprinzessin

Öffentliche Sparkasse Langensteinbach.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.		RH	Verbindlichkeiten.		RH
1. Kassenvorrat	14 611,05		1. Spareinlagen	135 690,42	
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkasse	15 862,07		2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	8 203,07	
3. Wechsel	486,—		3. Sonstige Einlagen	637,81	
4. Darlehen a. Hypotheken	119 712,35		4. Anleihen- und andere Schulden	50 200,—	
5. Darlehen in laufender Rechnung an Private	12 965,96		5. Ausgaberrückstände	9 112,40	
6. Darlehen auf Schuldschein	36 152,13		a) gefehl. Reservefonds	4 002,45	
7. Darlehen an Gemeinden	1 901,22		b) Sonderrücklage	1 724,34	
8. Einnahmerückstände	13 266,—		7. Reingewinn vom Jahre 1926	5 387,29	
9. Gerätschaften	1,—				
	214 957,78			214 957,78	

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

5% aus RH 144 531,30 Einlagen	RH 7 226,56
Sie betrug auf Schluß des Jahres 1926	RH 11 114,08
Somit mehr	RH 3 887,52

Langensteinbach, den 27. Juli 1927.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: gez. Schöpfle, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: gez. Veder.

Für jedermann

günstige Gelegenheit z. Anschaffung v. prima deutschen Qualitäts-

Teppichen

ohne Anzahlung lieferb. geg. Monatsraten von nur

10 Mark.

Fordern Sie unverbindlich Vertreterbesuch unter G.605 der Karlsruher Zeitung.

Beziehung von Bezirksärztlstellen.

Die Bezirksärztlstellen Mannheim I und Wiesloch sind in Erledigung gekommen. Bewerbungen sind bis **15. August 1927** hier einzureichen.

Karlsruhe, den 27. Juli 1927.

Der Minister des Innern:

J. B. Föhrenbach.

Stellenausschreiben.

Bei dem unterzeichneten Vermessungsamt sind die neugeschaffenen Stellen von zwei mittleren Vermessungsbeamten aus der Reihe der geprüften badischen mittleren Vermessungsbeamten alsbald zu besetzen. Die Anstellung erfolgt zunächst im Angestelltenverhältnis auf Privatdienstvertrag in Besoldungsgruppe VI oder VII der Stadtbefoldungsordnung je nach Eignung und bisherigem Dienstalter. Bei vorzüglicher Dienstleistung ist spätere Anstellung im Beamtenverhältnis in Aussicht genommen.

Den Bewerbungen, welche bis **15. September d. J.** einzureichen sind, ist anzuschließen: Ein selbstverfähter und selbstgeschriebener ausführlicher Lebenslauf, ein Geburtschein, ein auf Grund eines Strafregisterauszugs ausgefertigtes Leumundszugnis, der Nachweis der bestandenen Fachprüfung, lückenlose Beschäftigungs- und Führungszeugnisse in Urchrift oder beglaubigten Abschriften, Zeichen- und Schreibeprüfungen. Die in Aussicht genommenen Bewerber haben sich vor der Anstellung einer ärztlichen Untersuchung durch das städtische Gesundheitsamt zu unterziehen.

Freiburg i. Br., den 26. Juli 1927.

Städtisches Vermessungsamt.

Stellenausschreiben.

Bei der Zentralverwaltung der Stadt Freiburg im Breisgau ist die neu geschaffene Stelle eines

Secretariatsbeamten

alsbald zu besetzen. Die Anstellung erfolgt im Beamtenverhältnis mit Einreihung in Gruppe VII oder VIII der Stadtbefoldungsordnung. Bei Bewährung besteht Beförderungsmöglichkeit nach der für die Secretariatsbeamten der Zentralverwaltung getroffenen Regelung. Erforderliche Arbeitskräfte, welche die städtische oder die staatliche Obersekretärprüfung für den gehobenen mittleren Verwaltungsdienst mit gutem Erfolg abgelegt haben, in der Gemeindeverwaltung bereits erfolgreich tätig waren und praktische Erfahrungen besitzen, wollen ihre Bewerbungen bis **15. August d. J.** anher einreichen.

Den Bewerbungsschreiben ist anzuschließen: Ein selbstverfähter und selbstgeschriebener Lebenslauf, ein Geburtschein, ein auf Grund eines Strafregisterauszugs ausgefertigtes Leumundszugnis, der Nachweis der bestandenen Fachprüfung, lückenlose Beschäftigungs- und Führungszeugnisse in Urchrift oder in beglaubigter Abschrift. Bewerber muß Fertigkeit in einer Kurzschrift besitzen. Der in Aussicht genommene Bewerber hat sich vor der Anstellung einer ärztlichen Untersuchung durch das städtische Gesundheitsamt zu unterziehen.

Freiburg, den 20. Juli 1927.

Der Oberbürgermeister.

Für die Reise

in großer Auswahl

Schokoladen in Tafeln und eleganten Packungen

Feinste Erfrischungs-Bonbons — Pfefferminzen aller Art — Feinste Waffeln

Geschw. Maisch

Karlsruhe, Kaiserstr. 161, Eingang Ritterstr., vis-à-vis dem Döringschen Spielwaren-Geschäft. Tel. 1985.

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Zum Wirken durch Wissen führt WISSEN UND WIRKEN

Die neuen Bände der Sammlung:

- | | |
|--|--|
| Dr. G. Lehmann in Berlin. „Das religiöse Erkennen.“ (1.80) | Hauptlehrer Philipp Hördt in Heidelberg. „Muttersprache und Volkserziehung.“ (Päd. S.-R. 3.) (3.—) |
| Dr. C. Haeblerlin in Bad Nauheim. „Die Gefüge des Lebendigen.“ (1.20) | Studiendirektor Dr. Max Müller in Lage (Lippe). „Die französische Philosophie der Gegenwart.“ (1.20) |
| Dr. R. Carnap in Buchenbach. „Physikalische Begriffsbildung.“ (1.20) | Prof. Dr. Arthur Drews in Karlsruhe. „Die Leugnung der Geschichtlichkeit Jesu in Vergangenheit und Gegenwart.“ (4.80) |
| Prof. Dr. C. A. Emge in Jena. „Hegels Logik und die Gegenwart.“ (1.20) | Prof. Dr. E. Stern in Gießen. „Zufall und Schicksal.“ (1.20) |
| Dr. A. Wenzl in München. „Das unbewusste Denken.“ (1.20) | Prof. Fr. Breusch in Freiburg i. Br. „Ziele und Wege des Unterrichts in Mathematik und exakten Naturwissenschaften. I. Mathematik.“ (Päd. S.-R. 4.) (1.80) |
| Prof. Dr. E. Probst in Karlsruhe. „Aufgaben und Ziele der Technischen Hochschulen.“ (Päd. S.-R. 7.) (1.20) | Prof. Fr. Breusch in Freiburg i. Br. „Ziele und Wege des Unterrichts in den exakten Wissenschaften. II. Chemie.“ (Päd. S.-R. 5.) (1.80) |
| Dr. A. Möller in Graz. „Der Schauspieler.“ (1.80) | |
| Prof. Dr. Engelbert Krebs in Freiburg i. Br. „Wesen und Werden des Glaubens nach katholischem Verständnis.“ (1.20) | |
| Dr. Gerhard Storz, Das Theater in der Gegenwart. Eine zeitkritische Untersuchung. (3.—) | |

Die Umschau schreibt: „Es sind Werkohen, welche eine ernstere Vertiefung in die Materie beanspruchen, die vielen willkommen sein wird.“

Verlangen Sie ausführliche Verzeichnisse vom
VERLAG G. BRAUN, KARLSRUHE